

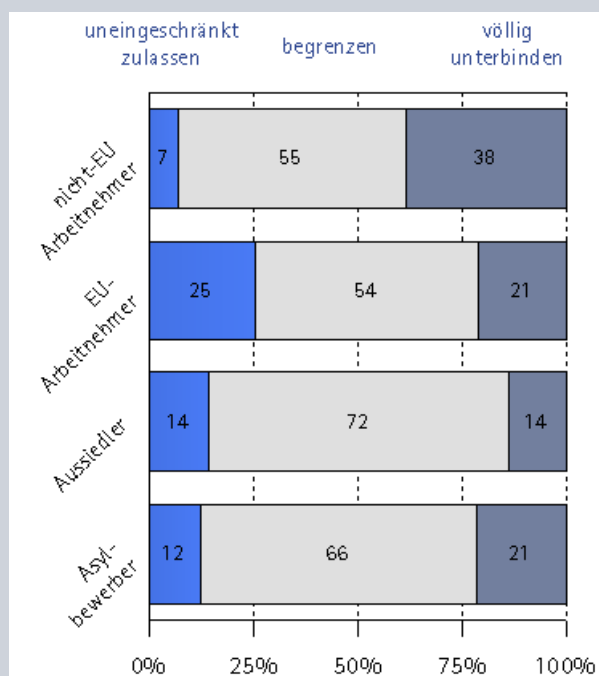
Zuwanderung und Staatsbürgerschaft: Was will die Mehrheit der Deutschen?

Das Thema „Ausländer“ wurde im Sommer 1998 zu einem Wahlkampfthema. Vertreter der beiden großen Volksparteien gaben an, sie würden „auf absehbare Zeit“ am liebsten gar keine Ausländer mehr ins Land lassen. Wie eine einschlägige ALLBUS-Erhebung aus dem Jahr 1996 zeigt, wird diese Position nur von einer Minderheit der Deutschen unterstützt. 21% der Befragten würden den Zuzug von Asylbewerbern ganz unterbinden, 66% bloß begrenzen wollen. Nur 12% plädierten für ungehinderten Zugang zu Asyl in Deutschland. Restriktiver ist die Haltung gegenüber Arbeitsuchenden aus Nicht-EU-Ländern. Bei diesen potentiellen Arbeitsmigranten sind 38% der Deutschen für ein Schließen der Grenzen, aber doch 55% für einen begrenzten Zuzug. Immerhin 21% aller Deutschen wollen auch den Zuzug von Arbeitskräften aus anderen EU-Staaten unterbinden. Nur 25% können sich mit der innerhalb der EU geltenden Freizügigkeit von Arbeitnehmern anfreunden. 54% plädieren dafür, sie zu begrenzen.

Während es bei der Haltung gegenüber Asylsuchenden kaum Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern gibt, fallen die Ost-West-Unterschiede bei der Einstellung zu Arbeitsmigranten umso deutlicher ins Gewicht. 49% aller Ostdeutschen wollen keine Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern mehr ins Land lassen (Westdeutsche: 33%). 38% der Ostdeutschen würden den Arbeitsmarkt gern auch gegenüber Bürgern anderer EU-

Staaten abschotten (Westdeutsche: 12%). Dies hängt wohl nicht nur mit der höheren Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern zusammen. Von Einfluß ist zweifellos auch, daß mehr als die Hälfte (56%) aller Ostdeutschen, aber weniger als ein Drittel (31%) der Westdeutschen glau-

Öffentliche Meinung zur Begrenzung des Zuzugs nach Deutschland, 1996



errechn. aus Daten des ALLBUS 1996, (c) Münz/Ulrich 1998

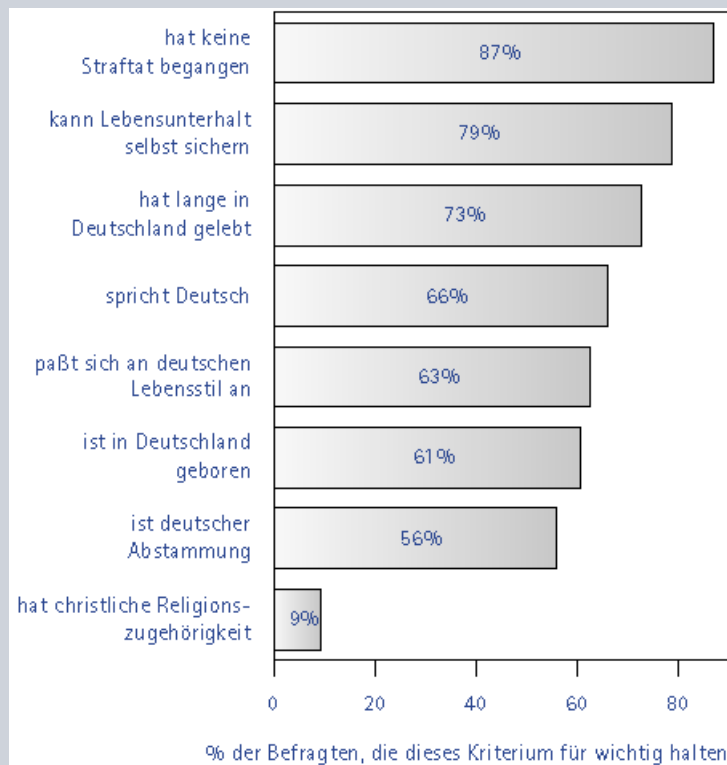
ben, Ausländer würden Inländern die Arbeitsplätze wegnehmen. Im Gegensatz dazu sehen vier von zehn Westdeutschen (41%) die Ausländer eher als eine Stütze der Rentenversicherung (Ostdeutsche: nur 35%). Dementsprechend stößt die Forderung, Ausländer sollten nach Hause geschickt werden, sobald in Deutschland die Arbeitsplätze knapp werden, nur bei einem Viertel der Westdeutschen (25%), aber bei vier von zehn Ostdeutschen (41%) auf Zustimmung.

Diese Befunde belegen, daß die Mehrheit der Deutschen in wichtigen Punkten nach wie vor liberale Positionen vertritt. Trotzdem befürwortet ein Drittel der Deutschen (36%) Regelungen, die Ausländern jede politische Betätigung untersagen. Fast ein Viertel (23%) plädiert dafür, daß Ausländer bloß untereinander heiraten sollten. Relativ breite Zustimmung findet die Forderung, Ausländer sollten sich in ihrem Lebensstil besser an die hiesigen Verhältnisse anpassen (60%).

Inhalt:

Zuwanderung und Staatsbürgerschaft: Was will die Mehrheit der Deutschen?	1
Deutschland: Einführung der Asylcard wird diskutiert	2
Deutschland: Wahlempfehlung aus der Türkei	3
Großbritannien: Bleiberecht für Asylbewerber	3
Italien: Neue Flüchtlingswelle in den Sommermonaten	3
UNFPA: Weltbevölkerungsbericht 1998 veröffentlicht	4

Voraussetzungen für die Einbürgerung in Deutschland, 1996



errechn. aus Daten des ALLBUS 1996, (c) Münz/Ulrich 1998

Wer sich anpaßt, soll jedoch auch eingebürgert werden. Anders als die Bonner Politik der letzten

Jahre gibt die Mehrheit der Deutschen den Ausländern in diesem Punkt keinen Vorzug vor den hier lebenden Ausländern. Wichtigste Voraussetzung für eine Einbürgerung ist in den Augen fast aller (87%) die Unbescholtenheit. Gleich danach kommt die Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten (79%). Ein langer Aufenthalt in Deutschland (73%) und gute Deutschkenntnisse (66%) werden ebenfalls von einer Mehrheit der Befragten gefordert. Die deutsche Abstammung (56%) nimmt in dieser Skala mit Abstand vor der christlichen Religionszugehörigkeit (9%) den vorletzten Platz ein.

Die geringe Bedeutung der Religion zeigt sich auch an einer anderen brisanten Frage, zu der die Meinungen der Deutschen geteilt sind. 30% der Deutschen wollen an heimischen Schulen ausschließlich einen christlichen Religionsunterricht. Ebenso viele (30%) könnten sich auch mit einem Islamunterricht anfreunden. Fast 40% hätten indes am liebsten gar keinen verpflichtenden Religionsunterricht, was derzeit in Berlin und Brandenburg der Fall ist.

Nur ein Viertel der Befragten konnte den Ausländeranteil in West- und Ostdeutschland annähernd genau angeben. Dagegen wurde der Ausländeranteil im eigenen Landesteil von 23% der Westdeutschen und sogar von 46% der Ostdeutschen grob überschätzt. Solche Fehlinformationen tragen zweifellos dazu bei, daß Zuwanderer und Ausländer oft als Bedrohung wahrgenommen werden.

Rainer Münz, Ralf Ulrich

Deutschland: Einführung der Asylcard wird diskutiert

Das Bundesinnenministerium hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die prüfen sollte, ob die Einführung einer sogenannten Asylcard in Deutschland sinnvoll, rechtlich zulässig und praktikabel ist. Diese Studie wurde Mitte August 1998 dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg übergeben. Dort wird man die Ergebnisse in den kommenden Wochen diskutieren.

Angaben des Spiegels (30/1998) zufolge empfiehlt das bisher unveröffentlichte Papier die Einführung einer Asylcard. Zugleich untersuchte die Studie u.a. die Arbeitsweise der Ausländerbehörden und kam zu folgendem Ergebnis: Fehlerhafte Datenerfassung, mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ämtern und Unübersichtlichkeit bei der Bearbeitung von Asylverfahren sind bei den Ausländerbehörden keine Seltenheit. Dem Ausländerzentralregister wird von der Studie bei Asylfällen gar eine Fehlerquote von 30% bescheinigt. Die Asylcard soll diesen Mißständen Rechnung tragen.

Bei der Asylcard handelt es sich um eine Chipkarte, auf der alle zur Identifikation eines Asylbewerbers notwendigen Daten gespeichert sind. Die Karte soll als eine Art Personalausweis dienen. Allerdings soll sie nicht nur ein Paßbild des Asylbewerbers enthalten, sondern auch Fingerabdrücke.

Durch die Identifikation des Karteninhabers soll der Aufenthalt in Deutschland sowie der Zugang zu Sach- und Unterstützungsleistungen kontrolliert werden. Die jeweiligen Behörden können von der Chipkarte alle „relevanten personenbezogenen Daten des Inhabers“ abfragen.

Mit der Asylcard soll das Asylverfahren standardisiert und zugleich der beträchtliche Verwaltungsaufwand verringert werden. Die Karte soll aber auch den Mißbrauch von Sozialleistungen verhindern. Befürworter argumentieren, daß ein rationalisiertes Asylverfahren auch im Interesse der Asylsuchenden sei. Kritiker, unter ihnen Datenschutzbeauftragte, Asylorganisationen und Hilfswerke, stellen die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der geplanten Asylcard in Frage. Besonders die Speicherung von Fingerabdrücken, wie es bei Kriminellen bzw. Tatverdächtigen der Fall ist, wird kritisiert. Verfassungsrechtlichen Bedenken soll damit Rechnung getragen werden, daß die einzelnen Behörden nicht alle auf der Chipkarte gespeicherten Daten lesen können, sondern nur die für sie notwendigen Angaben abfragen können. Dennoch befürchten Gegner, daß Asylbewerber durch diese Chipkarte in einem unzulässigen Maße kontrolliert und reglementiert werden.

Experten schätzen, daß die Anschaffungskosten für die Einführung der Chipkarte bei 8,6 Mio. Mark

und die laufenden Kosten bei 2,6 Mio. Mark pro Jahr liegen. Dem stehen erwartete jährliche Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe gegenüber, die mit der Asylcard erzielt werden sollen. Auskünften des BMI zufolge wird eine Entscheidung über die Einführung der Asylcard nicht vor dem Herbst erwartet.

In den USA ist ein ähnliches System schon in Betrieb. Mit der *Benefit Security Card* erhalten amerikanische Fürsorgeempfänger Hilfeleistungen per Chip. Auch Lebensmittel und Gesundheitsdienste können mit dieser Karte erworben bzw. in Anspruch genommen werden. *as*

Deutschland: Wahlempfehlung aus der Türkei

Mitte August forderte die Republikanische Volkspartei der Türkei (CHP) alle in Deutschland wahlberechtigten Personen türkischer Herkunft auf, bei der kommenden Bundestagswahl für die SPD zu stimmen. Kurz darauf rief auch der konservative türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz indirekt zur Abwahl von Bundeskanzler Kohl (CDU) auf. Die in Deutschland eingebürgerten Türken sollten sich bei ihrer Wahlentscheidung an die Beschlüsse des EU-Gipfels in Luxemburg erinnern (bei dem die Türkei nicht in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen wurde). Diese Aufforderungen richteten sich an rund 220.000 Personen türkischer Herkunft, die bei der Bundestagswahl im September stimmbe-

rechtigt sind. Diese Wahlempfehlung wies Karl Lamers, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, zurück: „Die unkontrollierte Emotionalität von Yilmaz“ sei „sehr unklug“. Protest kam auch vom Generalsekretär der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung Daimagüler. Er sagte: „Die türkische Bevölkerung in Deutschland ist keine fremdgesteuerte Manövrierarmee für die Außenpolitik Ankaras.“ Umgekehrt würde Ankara keine deutsche Beeinflussung des kommenden türkischen Wahlkampfes dulden. Außerdem habe die Türkei ein weit rückständigeres Ausländergesetz als die Bundesrepublik Deutschland. *rm*

Großbritannien: Bleiberecht für Asylbewerber

Wie Innenminister Jack Straw (Labour) Ende Juli 1998 in London ankündigte, plant die britische Regierung im Asylbereich eine großzügige Regelung für „Altfälle“. Derzeit warten in Großbritannien ca. 76.000 Asylbewerber – teils schon seit Jahren – auf eine Erledigung ihrer Anträge. Für mindestens 30.000 von ihnen sowie für mitreisende Familienangehörige soll es nun eine Pauschalregelung geben: Wer als Asylsuchender nachweislich bereits länger als fünf Jahre im Land ist, erhält ein uneingeschränktes Bleiberecht. Wer zwischen 1993 und

1995 um Asyl ansuchte, über familiäre Bindungen in Großbritannien verfügt oder gemeinnützige Aktivitäten nachweisen kann, darf für weitere vier Jahre im Land bleiben. Damit soll die Asylbehörde entlastet und zugleich eine humanitäre Geste gesetzt werden. Innenminister Straw kündigte ferner an, daß die Asylbewerber in Zukunft auf Frühstückspensionen und private Unterkünfte (Bed & Breakfast) im ganzen Land aufgeteilt werden sollen. Eine Arbeitserlaubnis, so Straw, werde es für Asylsuchende auch in Zukunft nicht geben. *rm*

Italien: Neue Flüchtlingswelle in den Sommermonaten

Im Juli und August dieses Jahres war Italien das Ziel einer neuen Flüchtlingswelle. Die Zuwanderer stammten zum Großteil aus Nordafrika. Aber auch Kurden aus dem Irak und der Türkei sowie Albaner aus der jugoslawischen Krisenprovinz Kosovo flohen nach Italien. Warme Temperaturen und eine ruhige Wetterlage ließen die Zahl der *boat people* in den Sommermonaten stetig ansteigen. Allein im Juli kamen rund 3.000 Personen in kleinen Booten über das Mittelmeer nach Süditalien.

Nachdem Italien schon mit Marokko, Algerien und Albanien Rückführungsabkommen geschlossen hatte, kam es im Sommer zu einer Vereinbarung mit der tunesischen Regierung. Dabei versprach Rom bis zum Jahr 2000 rund 150 Mio. DM an zusätzlicher Entwicklungshilfe. Das Geld ist für die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorgesehen. Die italienische Regierung hofft, dadurch eine Hauptursache der Auswanderung aus Tunesien positiv zu beeinflussen. Im Gegenzug versprach die Regierung in Tunis, die Rücknahme der Flüchtlinge zu be-

schleunigen und mit der italienischen Marine bei der Flüchtlingssuche besser zusammenzuarbeiten.

Illegal eingewanderte Ausländer werden in Italien zunächst in Sammellagern untergebracht, wo ihre Angaben überprüft werden. Die wenigsten Flüchtlinge und Migranten haben gültige Ausweise oder andere Papiere bei sich; viele verweigern die Aussage. Denn nur wessen Herkunft einwandfrei festgestellt werden kann, oder wer in Italien straffällig wird, darf abgeschoben werden. Andernfalls erhalten die Flüchtlinge nach 30 Tagen einen Ausweisungsbescheid, in dem sie aufgefordert werden, Italien binnen 15 Tagen zu verlassen. Ein Großteil der zur Ausreise verpflichteten Personen kehrte jedoch bislang nicht in die Herkunftsländer zurück. Viele wandern in andere europäische Staaten weiter. Tunesier und Marokkaner versuchen vor allem, nach Frankreich weiterzuwandern. Die Mehrzahl der Kurden wird wahrscheinlich versuchen, nach Deutschland einzureisen, wo viele von ihnen Verwandte und Bekannte haben. Seit der Abschaffung

der Grenzkontrollen zwischen Italien, Österreich und Deutschland im Rahmen des Schengener Abkommens (vgl. MuB 1/1998) wachsen die Befürchtungen, daß irreguläre Zuwanderung nach Italien auch für Deutschland zum Problem werden könnte.

Anfang August begann Italien mit Abschiebungen einer größeren Zahl von Personen. Seither versuchten Flüchtlinge und irreguläre Migranten im-

mer wieder, aus den Auffanglagern auszubrechen. Besonders auf Sizilien kam es zu einer Reihe von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den illegal Eingewanderten. Insgesamt leben heute schätzungsweise 250.000 bis 300.000 Migranten illegal in Italien. *as*

UNFPA: Weltbevölkerungsbericht 1998 veröffentlicht

Anfang September veröffentlichte der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) seinen jährlichen Weltbevölkerungsbericht. Der diesjährige Bericht ist den „neuen Generationen“ gewidmet. Er bezieht sich dabei auf zwei Altersgruppen. Die erste Gruppe ist die in Entwicklungsländern wachsende Zahl junger Menschen, die ins reproduktionsfähige Alter kommen. Als Folge der hohen Kinderzahlen der vergangenen zwei Jahrzehnte sind heute über eine Mrd. Menschen im Alter von 15-24 Jahren. Sie bilden die Elterngeneration der nächsten Jahrzehnte. Umfragen zeigen, daß die gewünschte Kinderzahl in Entwicklungsländern in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken ist. Der Bericht weist darauf hin, daß die Ära raschen Bevölkerungswachstums trotzdem noch nicht zu Ende ist. Selbst wenn die „neue“ Elterngeneration im Durchschnitt nur zwei Kinder bekäme, würde die Weltbevölkerung noch über Jahrzehnte weiter wachsen. Tatsächlich wird in Entwicklungsländern die Zwei-Kind-Familie jedoch nicht so schnell erreicht werden. Dazu tragen in beträchtlichem Maße auch ungewollte Geburten bei. Mit einer Erhöhung des Heiratsalters hat voreheliche Sexualität in vielen Ländern an Bedeutung gewonnen. Der Bericht fordert, daß Regierungen und Nichtregierungsorganisationen ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Aufklärung und Information Jugendlicher zum verantwortungsbewußten Umgang mit Sexualität verstärken.

Die zweite „neue Generation“ sieht der UNFPA-Bericht in den Älteren. Er lenkt die Aufmerksamkeit damit auf den weltweit zunehmenden Anteil älterer Menschen und die damit verbundenen Probleme. In Entwicklungsländern leben heute über 69% der älteren Menschen in einem Haushalt mit jüngeren Familienangehörigen. Es ist jedoch erkennbar, daß sich lange Traditionen der Unterstüt-

zung für Ältere verändern. In diesem Prozeß wächst der Bedarf für ein stärkeres Engagement des öffentlichen Sektors und die Verfügbarkeit wirksamer Rentenversicherungssysteme. Öffentliche Altersversorgungssysteme gibt es in 155 Ländern. Sie erreichen aber nur 30% der Menschen, die über 60 Jahre alt sind. Nur 40% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zahlt in diese Systeme ein.

Vergangene UNFPA-Berichte haben eine Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums konstatiert. Der diesjährige Bericht zeigt auf, daß zusätzliche Anstrengungen im Bereich reproduktive Gesundheit und beim Aufbau wirksamer Altersversorgungssysteme in Entwicklungsländern nötig sind. Wegen der gesunkenen Kinderzahlen wird sich für einige Jahre die Relation zwischen Menschen im arbeitsfähigen Alter auf der einen Seite und Kindern und älteren Menschen auf der anderen Seite günstiger gestalten. Dies schafft für einige Jahrzehnte einen „demographischen Bonus“, bevor Anfang des nächsten Jahrhunderts die zunehmende Alterslast spürbar wird. Diese Situation sollte genutzt werden, um Humankapital zu bilden und langfristige Investitionen in Bildung, Gesundheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorzunehmen. Der Bericht weist in diesem Zusammenhang auch auf die Verantwortung der entwickelten Länder hin. Sie erreichen mit ihrer Unterstützung im Bereich Familienplanung und reproduktive Gesundheit bisher bei weitem nicht das auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zugesagte Niveau von jährlich 5,7 Mrd. US-Dollar. *ru*

UNFPA (Hrsg.): *The State of World Population*, New York 1998, ISBN 0-99714-444-9; in Deutschland erhältlich beim UNO-Verlag, Poppelsdorfer Allee 55, 53115 Bonn, Tel. 0228-212940

Impressum

Migration und Bevölkerung

Herausgeber und Verlag (unentgeltlich):
Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft, Humboldt-Universität Berlin
Unter den Linden 6, D-10099 Berlin
Tel. (030) 20931918, Fax: (030) 20931432, e-mail: MuB@sowi.hu-berlin.de
Homepage: www.demographie.de, online-Ausgabe: www.demographie.de/newsletter
Redaktion: Ralf Ulrich (verantw.), Rainer Münz, Stefan Alscher, Ralf Empl, Antje Scheidler
ISSN: 1435-7194

Die Herausgabe des Newsletters *Migration und Bevölkerung* wird vom German Marshall Fund (GMF) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des GMF wieder. Der Abdruck von Artikeln, Graphiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.
Der Newsletter wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.